



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 19.01.2024

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 22. Januar 2024

Fokusthema: **Windenergie**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Wahl eines neuen Mitglieds des Ratssekretariats über die Antworten des Regierungsrates auf eine dringliche Interpellation zur Windenergie diskutieren. Anschliessend stehen die Abschreibungen von vier Postulaten und die Behandlung eines Postulats zur Entschädigung von Polizisten an, bevor es in einer parlamentarischen Initiative erneut um Windenergie gehen wird.

Wie weiter mit der Windenergienutzung im Kanton Zürich?

FDP-Kantonsrätin Barbara Franzen hat mit Unterstützung von SVP und Mitte dem Regierungsrat verschiedene Fragen in Zusammenhang mit dem geplanten Prozess zur Nutzung von Windenergie im Kanton gestellt ([KR-Nr. 413/2023](#)). Da es sich beim Vorstoss um eine dringliche Interpellation handelt, wird der zuständige Regierungsrat, Baudirektor Martin Neukom, die Antworten im Rat persönlich vortragen. Mit der Diskussion über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt. Gegen Ende der Sitzung wird sich der Rat bei der Behandlung einer parlamentarischen Initiative aber erneut mit der Thematik befassen. Dabei wird es um den Mindestabstand von Windenergieanlagen gehen. Der Initiant hatte in der Sitzung vom 8. Januar 2024 beantragt, die Behandlung der Initiative zu verschieben, um die Antworten des Regierungsrates auf die Interpellation abzuwarten.

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Vier Postulate sollen als erledigt abgeschrieben werden

Unumstritten wird am Montag die Abschreibung von vier Postulaten sein. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. In zwei Fällen fordert eine Minderheit allerdings, das jeweilige Postulat mit einer abweichenden Stellungnahme abzuschreiben. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, das Postulat von Grünen-Kantonsrätin Karin Fehr Thoma betreffend «Zugang und Verständlichkeit von Wahl- und Abstimmungsmaterialien und Informationen zur politischen Meinungsbildung» ohne abweichende Stellungnahme abzuschreiben ([5825](#)). Der Regierungsrat hat in seinem Bericht dargelegt, welche Massnahmen er bereits ergriffen hat und welche weiteren Massnahmen geplant sind, um möglichst allen Menschen den Zugang zur politischen Teilhabe zu ermöglichen. Eine Minderheit aus Grünen, SP und EVP erachtet das verwendete Sprachniveau in den Informationstexten und Erklärvideos aber als zu hoch. In der abweichenden Stellungnahme sollen konkrete Massnahmen für die breite Anwendung der einfachen Sprache gefordert werden. Ebenfalls mit 9 zu 6 Stimmen beantragt die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), das Postulat von FDP-Kantonsrätin Linda Camenisch betreffend «Code of Conduct zur Bestellung von Führungsorganisationen in selbstständigen Organisationen» als erledigt abzuschreiben ([5789](#)). Mit dem Postulat wurde der

Regierungsrat eingeladen, einen Verhaltenskodex zu erlassen und zu veröffentlichen, der die regierungsrätliche Bestellung von Führungsorganen selbstständiger Anstalten und privater Organisationen mit einer namhaften Beteiligung des Kantons regelt. Für die Mehrheit der Kommission sind die bestehenden Regelungen ausreichend. Eine Minderheit aus SP, Grünen, AL und CSP beantragt eine abweichende Stellungnahme: Zu besetzenden Mandate sollen öffentlich ausgeschrieben werden und für die Mandatsträgerinnen und -träger soll eine Amtszeitbeschränkung geprüft werden.

Keine lange Diskussion ist bei der Abschreibung der Postulate von GLP-Altkantonsrat Michael Zeugin betreffend «Runder Tisch Europa» ([KR-Nr. 381/2021](#)) und von FDP-Kantonsrat Martin Huber betreffend «One-Stop-Shop» ([KR-Nr. 5/2021](#)) zu erwarten. Die STGK beantragt einstimmig, die beiden Postulate als erledigt abzuschreiben, weil sie die Einschätzung des Regierungsrates teilt, dass die in den Postulaten geäusserten Forderungen bereits erfüllt werden.

Vormaliger STGK-Präsident zu 5825: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

Minderheit 5825: Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), 079 749 10 54

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit 5789: Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich), 079 711 04 6

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Entschädigungen für interkantonale Polizeieinsätze sollen angepasst werden

Wenn ein Kanton ein Ereignis oder einen Anlass trotz Unterstützung durch Nachbarkantone, durch Konkordatspartner oder bilateral durch einzelne andere Polizeikorps polizeilich nicht bewältigen kann und deshalb auf zusätzliche Polizeikräfte angewiesen ist, liegt ein interkantonaler Polizeieinsatz (IKAPOL) vor. FDP-Kantonsrat Michael Biber möchte, dass die in der IKAPOL-Vereinbarung geregelten Entschädigungen aus dem Jahr 2006 auf ein zeitgemässes Niveau angehoben werden ([KR-Nr. 317/2023](#)). Er geht davon aus, dass der Kanton Zürich mehr Einsätze leistet als bezieht und damit wegen der zu tiefen Entschädigung Anlässe anderer Kantone subventioniert. Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzulehnen. Die Anpassung der Entschädigung der Einsätze sei geplant und die Forderung damit bereits erfüllt.

Michael Biber (FDP, Bachenbülach), 044 864 34 85

Parlamentarische Initiativen zu Bau- und Finanzthemen

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat einige parlamentarische Initiativen behandeln. Dabei geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. SVP-Kantonsrat Tobias Weidmann fordert die Einführung eines Mindestabstands von einem Kilometer zwischen industriellen Windenergieanlagen und bestehenden Wohngebäuden ([KR-Nr. 269/2023](#)). Gleich zwei parlamentarische Initiativen stammen aus der Feder von FDP-Kantonsrat Christian Müller. Dieser möchte mit Unterstützung von SVP und GLP einerseits, dass bei juristischen Personen die Gewinnsteuer künftig an die Kapitalsteuer angerechnet wird ([KR-Nr. 270/2023](#)). Andererseits fordert er, Unternehmen sollen die ordentliche Gewinnsteuer in bestimmten Fällen in spätere Jahre vortragen und dort in begrenztem Umfang wieder anrechnen können ([KR-Nr. 271/2023](#)).

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66

Christian Müller (FDP, Steinmaur), 079 335 16 10

Personelles:

Gleich zu Beginn der Sitzung steht die Wahl eines neuen Mitglieds für das Sekretariat des Kantonsrates an. Urs Waser (SVP, Langnau am Albis) ersetzt auf dem Vorbock Anita Borer und wird neu neben Monika Wicki und Marzena Kopp Mitglied dieses dreiköpfigen Gremiums ([KR-Nr. 14/2024](#)). Zu den Aufgaben des Sekretariats gehören insbesondere die Entgegennahme von Vorstössen, parlamentarischen Initiativen und Anträgen, die Durchführung der Anwesenheitskontrolle im Kantonsrat sowie die Übernahme des Vorsizes der Stimmzählerinnen und Stimmzähler.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12